



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kultur und Bildung

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: KBA/05/2024
Sitzungsdatum: Dienstag, 08.10.2024	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 18:24 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Dr. Matthias Schickel	
Herr Stadtrat Hans Achhammer	Online
Frau Stadträtin Brigitte Mader	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	
Herr Stadtrat Dr. Manfred Schuhmann	bis 18:05 Uhr, nach TOP 6 öSi
Frau Stadträtin Agnes Krumwiede	bis 18:16 Uhr, nach TOP 6 öSi
Frau Stadträtin Barbara Leininger	
Herr Stadtrat Raimund Reibenspieß	
Herr Stadtrat Lukas Rehm	Vertretung für Herrn Stadtrat Oskar Lipp
Herr Stadtrat Fred Over	
Frau Stadträtin Veronika Hagn	
Herr Stadtrat Jürgen Köhler	
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Oskar Lipp	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	5
1. Erweiterung und Umbau Gymnasium Gaimersheim (Zweckverband Landkreis Eichstätt und Stadt Ingolstadt), Am Hochholzer Berg 2, 85080 Gaimersheim Projektgenehmigung (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Fleckinger) Vorlage: V0612/24	5
2. Berufsintegrationsklassen an den Staatlichen Berufsschulen I und II; Fortführung des kooperativen Anteils in den verschiedenen Formen der Berufsintegrationsklassen durch die Stadt Ingolstadt als Kooperationspartner (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Kuch) Vorlage: V0638/24	12
3. Aktuelle Information zum Kulturgesehen	13
4. Temporäre Gedenkschilder in dauerhafte Gedenkschilder umwandeln Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CSU vom 11.06.2024 Vorlage: V0422/24	14
. Stellungnahme der Verwaltung (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0643/24	15
5. Schaffung von Planstellen; Museum für Konkrete Kunst und Design (Referent: Herr Grandmontagne) Vorlage: V0702/24	15
6. Gymnasien – Schulentwicklung und Gymnasialkonzept; (mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)	20

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Kultur und Bildung ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Aufgrund dessen, dass zum Thema der Erweiterung und des Umbaus des Gymnasiums Gaimersheim zum einen das damit beauftragte Architekturbüro Schwinde und zum anderen der Sachgebietsleiter des Sachgebietes Hochbau des Landratsamtes Eichstätt in der heutigen Ausschusssitzung anwesend sind, schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 5 der öffentlichen Sitzung auf Tagesordnungspunkt 1 der öffentlichen Sitzung vorzuziehen. Darüber hinaus nehmen zum ursprünglichen Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung der Schulleiter der staatlichen Berufsschule I, die Schulleiterin der staatlichen Berufsschule II sowie die Leiterin der Volkshochschule an der heutigen Sitzung teil. Angesichts dessen schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 6 der öffentlichen Sitzung auf den Tagesordnungspunkt 2 der öffentlichen Sitzung vorzuziehen.

Stadtrat Reibenspieß bittet darum, den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Grund hierfür sei, dass die dazugehörige Beschlussvorlage V0702/24 nicht rechtzeitig zur Fraktionssitzung der FW-Stadtratsfraktion vorgelegen habe.

Da von einigen Ausschussmitgliedern geäußert wurde, dass die Beschlussvorlage V0702/24 ihnen rechtzeitig vorgelegen habe, schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor, dass man den ursprünglichen Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung auf der Tagesordnung belasse, damit die Verwaltung den Ausschussmitgliedern zumindest einmal die Grundinformationen zu den beantragten Stellen vortragen könne. Anschließend hätte man dann immer noch die Möglichkeit den Antrag zu stellen, die entsprechende Beschlussvorlage noch einmal für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben. Da ansonsten seitens der Ausschussmitglieder keine weiteren Einwände beziehungsweise Änderungen zur Tagesordnung bestehen, stellt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll die Tagesordnung mit den vorhin genannten Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:

Mit allen Stimmen:

Die geänderte Tagesordnung wird genehmigt.

Danach gibt der Ausschuss für Kultur und Bildung seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung (§ 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung)

Öffentliche Sitzung**Beratend**

1. **Erweiterung und Umbau Gymnasium Gaimersheim (Zweckverband Landkreis Eichstätt und Stadt Ingolstadt), Am Hochholzer Berg 2, 85080 Gaimersheim**
Projektgenehmigung
(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Fleckinger)
Vorlage: V0612/24

Antrag:

1. Auf Basis der vorliegenden qualifizierten Vorentwurfsplanung wird für die Erweiterung und den Umbau des Gymnasiums Gaimersheim auf **45 – 50 Klassen/ Kurse (5 – 5,5 Züge)** die Projektgenehmigung erteilt. Der Planung liegt ein Gesamttraumprogramm von ca. 8.729 m² NUF 1-6 nach dem Cluster-/ Lernhauskonzept zugrunde.
2. Für die Erweiterung und den Umbau des Gymnasiums Gaimersheim werden folgende Gesamtkosten auf Basis der qualifizierten Kostenschätzung genehmigt:

	ohne Baupreissteigerungen	mit Baupreissteigerungen
Erweiterung und Umbau Bestand	26.522.637,47 €	28.644.448,47 €
Umbau elektrotechnische Anlagen Bestand (i.R. der Erweiterung technisch notwendig, wirtschaftlich und förderfähig)	341.368,92 €	368.678,43 €
Gesamtkosten	26.864.006,39 €	29.013.126,90 €

3. Der vorläufigen Investitionsumlage für die Stadt Ingolstadt nach § 16 Abs. 4 Satz 2 der Verbandssatzung (2/3 Landkreis Eichstätt, 1/3 Stadt Ingolstadt) in Höhe von **rd. 6.366.667 €** (9.666.667 € mit Baupreissteigerungen abzüglich 3.300.000 € FAG-Förderanteil) wird zugestimmt. Die erforderlichen Mittel werden auf der Haushaltstelle 234000.983000 Gymnasium Gaimersheim: Investitionsumlage an Zweckverband in den Haushaltsjahren 2024 bis 2028 bereitgestellt bzw. angemeldet.
4. Die Beauftragung der weiteren Planungsstufen wird genehmigt.

Frau Bürkl führt aus, dass im Dezember dieses Jahres in der Verbandsversammlung des Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim die Projektgenehmigung zur Erweiterung und zum Umbau des Gymnasiums Gaimersheim zu einem fünfzügigen G9 Gymnasium beschlossen werden solle. Nach der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt benötigen die beiden entsandten Verbandsräte für die

die Beschlussfassung die Ermächtigung des Stadtrates, da mit dem Beschluss eine Verpflichtung einhergehe, die die Haushaltswirtschaft der Stadt mit mehr als 750.000 Euro belaste. Auf Grundlage der Gymnasialprognose aus dem Jahr 2022 habe die Verbandsversammlung des Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim im Januar 2023 den Grundsatzbeschluss gefasst, dass Gymnasium Gaimersheim auf ein fünfzügiges G9 Gymnasium zu erweitern. Am 30.03.2023 sei von der Verbandsversammlung dann der Beschluss zur baulichen Einsteuerung und Umsetzung sowie zur Finanzierung gefasst worden. Am 06.09.2023 sei dann bereits das entsprechende VgV-Verfahren durchgeführt worden. Anschließend habe das Fachgremium den Architekten ausgewählt und im November 2023 sei das Projektteam in die Planungen eingestiegen. Das Projektteam bestehe dabei aus Vertretern des Sachgebiets 40/2 des Schulverwaltungsamtes der Stadt Ingolstadt, dem Sachgebietsleiter des Hochbauamtes des Landratsamtes Eichstätt und dem Architekturbüro Schwinde. Im Rahmen der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung des Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim sei vereinbart worden, dass das Sachgebiet 40/2 des Schulverwaltungsamtes der Stadt Ingolstadt insbesondere im Hinblick auf die Rahmenprogrammplanung bei diesem Projekt unterstütze, da das Sachgebiet in Bezug auf die Planung und Umsetzung des Cluster- und Lernhauskonzeptes bereits Erfahrungen habe sammeln können.

Herr Schwinde stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Planungen zur Erweiterung und zum Umbau des Gymnasiums Gaimersheim vor. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Meinung, dass es sich beim Erweiterungsbau für das Gymnasium Gaimersheim um ein gut gelungenes Gebäude handle, das man sich in der Verbandsversammlung des Zweckverbands auch noch einmal genauer ansehen werde. Darüber hinaus würde der Bedarf an Kapazitätserweiterungen im Gymnasialbereich sowohl beim Landkreis Eichstätt als auch bei der Stadt Ingolstadt auf der Hand liegen.

Stadtrat Achhammer erwähnt, dass er zur Erweiterung und zum Umbau des Gymnasiums Gaimersheim noch ein paar Fragen habe. Zum einen möchte er den aktuellen Stand zur notwendigen Bebauungsplanänderung in Erfahrung bringen. Hierbei weist er darauf hin, dass der Druck, die Schülerinnen und Schüler in

Unterrichtsräumen unterbringen zu können, mittlerweile sehr hoch sei. Des Weiteren möchte Stadtrat Achhammer wissen, wie bei diesem Projekt die energetischen Ziele berücksichtigt werden, die sich die Stadt Ingolstadt gesetzt habe. Hierzu erklärt er, dass die Stadt Ingolstadt bis zum Jahr 2035 und der Freistaat Bayern bis zum Jahr 2040 energieneutral sein möchten. Obwohl es sich um ein Gebäude im Landkreis Eichstätt handle, müsse man diese Ziele seiner Meinung nach auch bei der Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim beachten. Von daher würde ihn interessieren, wie man diesem Ziel bei diesem Projekt näherkommen könne und ob dabei auch das bisherige Schulgebäude einbezogen werde. Darüber hinaus erwähnt Stadtrat Achhammer, dass die Stadt Ingolstadt aufgrund einer vertraglichen Zusicherung mit dem Landkreis Eichstätt die Hallen und Sportflächen des Gymnasiums Gaimersheim zu einem Drittel für Sport und Freizeit nutzen dürfe. Bei der vorliegenden Erweiterung des Gymnasiums Gaimersheim sollen nun eine neue Einfachsporthalle und eine neue Freisportfläche entstehen. Gerade in diesen beiden Bereichen würde bei den Ingolstädter Sportvereinen unter der Woche am Abend und am Wochenende ein großer Bedarf bestehen. Deshalb plädiert Stadtrat Achhammer dafür, dass die Stadt Ingolstadt die neu entstehenden Sportflächen auch zu einem Drittel für den Ingolstädter Breitensport nutzen dürfen sollte. Problematisch sei hierbei allerdings, dass der Landkreis Eichstätt im Vergleich zur Stadt Ingolstadt relativ hohe Nutzungsgebühren für seine Sportanlagen habe. Von daher möchte Stadtrat Achhammer den beiden Verbandsräten der Stadt Ingolstadt in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim mitgeben, diese Nutzungsgebühren noch einmal zu verhandeln, damit auch Ingolstädter Sportvereine die Sportflächen nutzen können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll führt zum angesprochenen Sportthema aus, dass man tatsächlich noch einmal mit dem Landkreis Eichstätt verhandeln müsse, inwieweit Ingolstädter Sportvereine die Sporteinrichtungen am Gymnasium Gaimersheim nutzen können. Insofern nehme sie das Thema noch einmal in die Verbandsversammlung des Zweckverbands Gymnasium Gaimersheim mit.

Zum Thema der Bauleitplanung teilt Herr Fähmann mit, dass das Landratsamt Eichstätt derzeit mit dem Markt Gaimersheim hierzu im intensiven Austausch stehe. Derzeit lote man den konkreten Weg des Bauleitplanverfahrens aus, der zum einen in dieser Angelegenheit Rechtssicherheit schaffen und zum anderen auch möglichst schnell abgehandelt werden solle. Insgesamt sei man bei diesem Verfahren sehr

zünftig unterwegs, sodass die derzeitigen baurechtlichen Fragen auch nichts an der Zielsetzung des Bezugs im Jahr 2027 ändern.

Zu den angesprochenen energetischen Standards führt Herr Schwinde aus, dass auch der Landkreis Eichstätt in diesem Bereich ambitionierte Ziele verfolge. Grundsätzlich strebe man beim Erweiterungsbau für das Gymnasium Gaimersheim einen jährlichen Energiebedarf von 15 Kilowattstunden pro Quadratmeter an, was einem Passivhausstandard entsprechen würde. Zwar sei hierfür der Erwerb eines Zertifikats nicht vorgesehen, aber trotzdem würden die entsprechenden Standards umgesetzt werden. Herr Schwinde erläutert, dass das bisherige Bestandsgebäude zur damaligen Zeit mit einer unterstützenden Be- und Entlüftung geplant worden sei. Im neuen Erweiterungsbau werde dies noch einmal getoppt, da man dort eine Volllüftung mit einer entsprechenden Wärmerückgewinnung eingeplant habe. Insofern könne man die Transmissionswärmeverluste insbesondere im Winter auf ein Minimum reduzieren. Dies bedeute, dass man im Winter tatsächlich nicht nach draußen heizen würde. Darüber hinaus reduziere die Kompaktheit des Gebäudes auch die Abstrahlfläche. Am wichtigsten sei allerdings das Thema Aufheizung, betont Herr Schwinde. Bei der Bestandsschule würde das Defizit darin bestehen, dass sie sehr große Verglasungen in den Flurbereichen habe. Von daher versuche man beim Erweiterungsbau mit kleinteiligen Sonnenschutzanlagen und einem reduzierten Transparenzanteil in den Fassaden der Aufheizung entgegenzuwirken. Auch dem Thema Ökologie werde durch leichtere Konstruktionen und einem damit verbundenen reduzierten Materialeinsatz Rechnung getragen. Des Weiteren sei auch das Thema Bedämpfen für die Qualität des Unterrichts insbesondere im Sommer wichtig, so Herr Schwinde. Ähnlich wie im Bestandsgebäude könne man diese optimierten Bedingungen im Sommer mittels einer Luft-Wasser-Wärmepumpe auf dem Dach des Erweiterungsbaus erzeugen.

Stadträtin Hagn erwähnt, dass ihr das Clustersystem im neuen Erweiterungsbau sehr gut gefalle. Hierzu habe man sich im vergangenen Jahr auch ein paar Schulen angesehen und sich dabei von der Qualität dieses Konzeptes überzeugen lassen. Hinsichtlich des Bestandsgebäudes führt Stadträtin Hagn aus, dass der östliche Innenhof aufgrund einer zu kleinen Außentür bis jetzt nicht richtig genutzt werden konnte. Herr Schwinde habe in seinem vorherigen Vortrag erwähnt, dass man für den Innenhof allerdings entsprechende Boxen eingeplant habe. Hierzu möchte Stadträtin Hagn in Erfahrung bringen, wie diese Boxen aussehen würden und wie sie die Aufenthaltsqualität des östlichen Innenhofs verbessern sollen. Des Weiteren

beabsichtige man den vorgestellten Plänen zufolge aus der bisherigen Pausenhalle eine feste Aula zu machen. Die bisherige Pausenhalle sei ein Ort gewesen, an dem sich die Schülerinnen und Schüler aufgehalten und morgens gleichzeitig die Schule betreten haben. Angesichts dessen möchte Stadträtin Hagn zur geplanten festeingebauten Aula wissen, wie sich dort der Ablauf gestalten solle, wenn die Schülerinnen und Schüler beispielsweise im Winter in der Pause vielleicht nicht nach draußen gehen.

Herr Schwinde führt aus, dass die angesprochenen Boxen nur im 1. und 2. Obergeschoss körperlich seien. Im Erdgeschoss schaffen die Boxen hingegen eine gedeckte Fläche. Dies bedeute, dass die bisherige Größe des Innenhofes erhalten bleibe. Tatsächlich werde sowohl der östliche als auch der westliche Innenhof momentan wenig genutzt. Von daher möchte man mit den geplanten Maßnahmen die Aufenthaltsqualität für die Schülerinnen und Schüler in diesen beiden Höfen verbessern. Bezüglich der Frage hinsichtlich der geplanten Aula erklärt Herr Schwinde, dass diese auch weiterhin multifunktional nutzbar sein solle. Dies bedeute, dass es sich bei der Aula im Regelfall immer noch um den Eingangs- und Pausenbereich für die Schülerinnen und Schüler handle. Mit der geplanten Maßnahme solle lediglich ermöglicht werden, dass die Verkehrswege bei Veranstaltungen und insbesondere bei Theaterveranstaltungen aus dem Erdgeschossbereich herausgetrennt werden können. Die festeingebaute Bühne könne dabei in den Pausen natürlich auch als Sitzmöglichkeit und Kommunikationszone genutzt werden, beschreibt Herr Schwinde. Insofern könne man mit der neu geplanten Aula ein größeres Angebot für vielfältige Nutzungen schaffen.

Stadtrat Dr. Schickel teilt mit, dass ihm am Erweiterungsbau besonders die Multifunktionalität des Gebäudes und die mitgedachten Kommunikationsräume gefallen. Aus eigener Erfahrung könne er bestätigen, wie wichtig es sei, dass sich die Schülerinnen und Schüler miteinander Räume teilen können. Darüber hinaus sei es auch gut, dass man endlich die Pausenflächen entsiegele. Stadtrat Dr. Schickel erklärt, dass man schon länger dafür kämpfe, diese Asphaltwüsten zu beseitigen, um dort etwas Grün unterzubringen. Hinsichtlich des Erweiterungsbaus möchte er in Erfahrung bringen, ob dort bei den Planungen auch eine entsprechende WLAN-Ausstattung berücksichtigt worden sei. Dem vorherigen Vortrag habe Stadtrat Dr. Schickel entnehmen können, dass die Erweiterung und der Umbau des Gymnasiums Gaimersheim bis zum Jahr 2027 abgeschlossen sein sollen. Dies bedeute, dass die

Fertigstellung des Erweiterungsbaus in den laufenden Schulbetrieb fallen würde. Zwar sei es von Vorteil, dass in diesem Jahr am Gymnasium Gaimersheim kein Abitur stattfinden werde. Trotzdem müsse weiterhin ein geregelter Schulbetrieb gewährleistet sein. Allerdings geht Stadtrat Dr. Schickel davon aus, dass diese besondere organisatorische Herausforderung bei den Planungen bestimmt auch schon souverän abgedeckt worden sei.

Herr Schwinde erläutert, dass es natürlich immer eine Herausforderung sei, wenn Schulbetrieb und Baustelle nebeneinander laufen würden. Von daher möchte man die Situation etwas entzerren, indem man den Erweiterungsbau von West nach Ost errichte. Eine besondere Herausforderung werden jedoch die Maßnahmen im Bestandsgebäude darstellen, die man in den Sommerferien durchführen möchte. Hierbei sei dann auch eine gut vorbereitete Logistik gefragt. Trotz aller Vorbereitungen könne man aber natürlich nicht lautlos bauen, sodass es auch zu gewisse Beeinträchtigungen kommen werde. Herr Schwinde ist allerdings der Ansicht, dass man aufgrund der Bauweise von West nach Ost und einer kurzen Nahtstelle zum Bestandsgebäude die Situation gut organisieren könne.

Herr Fleckinger teilt mit, dass er hinsichtlich der geprüften aber nicht zur Umsetzung vorgeschlagenen Einsparpotenziale ein paar Fragen habe. In der vorliegenden Beschlussvorlage werde angegeben, dass ein Linoleum Bodenbelag im Vergleich zu einem Parkettboden aufgrund entsprechend höherer Lebenszykluskosten nicht die günstigere Variante sei. Hierzu möchte Herr Fleckinger in Erfahrung bringen, um welche Lebenszykluskosten es sich dabei konkret handle und ob hierzu eine betragsmäßige Kostenvergleichsberechnung vorliege. Des Weiteren werde in der Beschlussvorlage angeregt, nicht auf Einbauschränkmöbel zu verzichten, da diese als akustische Maßnahme notwendig seien. Herr Fleckinger berichtet, dass es erhebliche gesetzliche Vorgaben gebe, die den Schallschutz voranstellen. Deshalb möchte er wissen, ob durch die Einbauschränkmöbel sichergestellt werde, dass im Nachgang keine Nachforderungen hinsichtlich Akustik- und Schallschutzmaßnahmen kommen können. Die dritte Frage beziehe sich auf das Thema extensive Dachbegrünung. In der Beschlussvorlage werde vorgeschlagen, hierbei aufgrund des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit auf Einsparungen zu verzichten. Herr Fleckinger möchte dazu in Erfahrung bringen, um welche Kostenpositionen und Beträge es sich hierbei konkret handle.

Herr Schwinde führt aus, dass der Parkettboden in der Lebenszyklusbetrachtung deshalb günstiger ausfalle, da man ihn nicht austauschen müsse. Ein Linoleumboden müsse man hingegen bei einer Lebenszyklusbetrachtung von bis zu 60 Jahren mindestens einmal austauschen. Darüber hinaus verwende das Architekturbüro Schwinde den Parkettboden deshalb gerne, da er in den Bildungsbauten eine unglaubliche Qualität über Jahre hinweg erzeuge.

Zwar handle es sich bei Linoleum um einen guten Bodenbelag, aber das Planungsteam habe sich aufgrund dieser ganzheitlichen Betrachtung für die Verwendung eines Parkettbodens entschieden. Hinsichtlich der Frage bezüglich der Raumakustik und dem Schallschutz erklärt Herr Schwinde, dass es sich hierbei um zwei verschiedene Dinge handle. Die Türen werden beispielsweise so ausgestattet, dass sie natürlich den schallschutztechnischen Anforderungen genügen. Im Bereich der Raumakustik habe man heutzutage so hohe Anforderungen, dass man entweder die Decke vollständig oder die Wände teilweise verkleiden müsse. Beim Erweiterungsbau habe man sich dazu entschieden, die Decke nicht vollumfänglich zu verkleiden, da man sich an dem technischen Konzept des Bestandsgebäudes orientiere. Aufgrund der Betonkernaktivierung könne man deshalb an der Decke nur mit entsprechenden Akustiksegeln arbeiten, da man für die Funktionsfähigkeit der Temperierung mindestens eine freie Deckenfläche von 40 Prozent benötige. Aufgrund der durch das Gebäudekonzept vorgegebenen geringen Geschosshöhe versuche man die nicht vollumfängliche Deckenverkleidung mit festverbauten akustisch wirksamen Möbeloberflächen zu kompensieren. Herr Schwinde erklärt, dass es sich bei der Betonkernaktivierung um ein sehr wirtschaftliches Konzept handle, die Unterrichtsräume im Sommer zu bedämpfen. Die einzige Alternative hierzu wären Heiz- und Kühldecken, die allerdings deutlich höhere Kosten verursachen würden. Zum Thema der extensiven Dachbegrünung erwähnt Herr Schwinde, dass man alle unter den Eindrücken der Hochwasserereignisse der letzten Monate stehe. Angesichts dessen sei das Architekturbüro Schwinde der Meinung, dass man möglichst viel Regenwasser dort zurückhalten müsse, wo es anfalle. Die vorliegende Planung sehe dabei eine einfache Begrünung des Dachs vor. Herr Schwinde erläutert, dass es im Vergleich dazu noch deutlich aufwendigere Retentionsdachkonstruktionen gäbe. Darüber hinaus müsste man das Regenwasser, das man nicht zurückhalten könne, ansonsten in die Kanalisation einleiten oder über Versickerungsanlagen versickern lassen. Wenn man die Kosten dafür gegenrechne, handle es sich bei der Rückhaltung auf der Dachfläche um die wirtschaftlichste

Variante. Hinzukomme, dass man mit der Dachbegrünung auch in gewisser Weise das Mikroklima verbessern könne.

Stadtrat Over berichtet, dass sich gewisse Referate der Stadt Ingolstadt vor einem Jahr dankenswerterweise dazu entschlossen haben, bei der Planung von zwei anderen Schulen kriminalpräventive Maßnahmen zur Rate zu ziehen. Angesichts dessen spricht er die Empfehlung aus, dass sich das Planungsteam vom Sachgebiet 513 des Bayerischen Landeskriminalamt beraten lasse, welche kriminalpräventiven Maßnahmen in dem aktuellen Stadium der Planungen noch möglich seien.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Beratend

2. **Berufsintegrationsklassen an den Staatlichen Berufsschulen I und II; Fortführung des kooperativen Anteils in den verschiedenen Formen der Berufsintegrationsklassen durch die Stadt Ingolstadt als Kooperationspartner (Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Kuch)
Vorlage: V0638/24**

Antrag:

1. Der Fortführung des kooperativen Anteils der verschiedenen Formen der Berufsintegrationsklassen an den Berufsschulen durch die Stadt Ingolstadt als Kooperationspartnerin wird ab September 2025 bis August 2029 zugestimmt.
2. Der bedarfsgerechten Einrichtung von bis zu 6 Berufsintegrationsklassen je Schuljahr im Rahmen des bisherigen Planstellenumfangs von insgesamt 7,5 VZÄ – entsprechend der jeweiligen Vorgaben des bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus (KMS) – wird zugestimmt.
3. Für die derzeit gemäß Beschluss V0165/21 mit einem KW-Vermerk zum 31.12.2025 im Stellenplan hinterlegten Planstellen in der Volkshochschule (5,0 VZÄ in EG12) und dem Schulverwaltungsamt (2,5 VZÄ in S11b), wird zur Fortführung des kooperativen Anteils bis August 2029, einer Verlängerung der KW-Vermerke bis zum 31.12.2029 wie folgt zugestimmt:

Volkshochschule: 4,5 VZÄ in EG 12 auf Planstelle 43018 für das Lehrpersonal
Schulverwaltungsamt: 3,0 VZÄ in S11b auf Planstelle 40161 für die sozialpädagogische Betreuung und zielgruppenbezogene Berufsvorbereitung

Die Stellen werden nur nach anfallendem Stundenbedarf besetzt.

In den letzten Wochen habe man den Medien entnehmen können, dass die Regierung von Oberbayern beabsichtige, das ARA-Hotel an der Schollstraße im Nordosten von Ingolstadt in eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende umzufunktionieren, berichtet Stadtrat Reibenspieß. Angesichts dessen möchte er in Erfahrung bringen, an welcher Schule die asylsuchenden Kinder, die in dieser neuen Gemeinschaftsunterkunft gegebenenfalls untergebracht werden, dann beschult werden sollen.

Die Schulleiterin der Staatlichen Berufsschule II entgegnet, dass weder sie noch ihr Kollege der Schulleiter der Berufsschule I etwas zu diesem Thema sagen könnten, da die Berufsschulen lediglich für die berufsschulpflichtigen Jugendlichen ab einem Alter von 15 Jahren zuständig seien.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass das von Stadtrat Reibenspieß angesprochene Thema noch zu diskutieren sei. Diese Diskussion müsste man allerdings zu gegebener Zeit zusammen mit dem Schulverwaltungsamt und dem Referat für Soziales, Jugend und Gesundheit führen. Zumal man zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich auch noch nicht abschätzen könne, welche Personengruppen in die geplante Gemeinschaftsunterkunft an der Schollstraße ziehen werden. Von daher könne man aktuell noch keine abschließende Aussage über möglicherweise zusätzlich anfallende Bedarfe im Schulbereich treffen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Bekanntgabe

3 . Aktuelle Information zum Kulturgesehen

Herr Grandmontagne berichtet, dass am 24.07.2024 durch den Freundeskreis des Museums für Konkrete Kunst und Design e.V. eine Präsentation der möglichen Außenkunst für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design stattgefunden habe. Hierbei habe die vorgestellte Gestaltung des Vorplatzes sowohl ein großes mediales Echo als auch viel Gefallen gefunden. An dieser Stelle möchte Herr Grandmontagne lediglich darauf hinweisen, dass die entsprechende Beschlussvorlage zu dieser Maßnahme erst im Dezember in die jeweiligen Gremien des Stadtrates eingebracht werde, da es derzeit noch planerische sowie bau- und kostentechnische Fragen zu klären gebe. Grundsätzlich seien in der ursprünglichen Beschlussvorlage für die Vorplatzgestaltung bereits bestimmte Finanzmittel

eingepplant gewesen. Diese Mittel müssen nun mit den Kosten für die vorgestellte Außenkunst abgeglichen werden. Der Freundeskreis des Museums für Konkrete Kunst und Design e.V. sei über diese Vorgehensweise bereits informiert worden, erklärt Herr Grandmontagne.

Der Bericht zum aktuellen Kulturgesehehen wird den Ausschussmitgliedern bekanntgegeben.

4 . Temporäre Gedenkschilder in dauerhafte Gedenkschilder umwandeln

Beschließend

Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CSU vom 11.06.2024

Vorlage: V0422/24

Antrag:

Das Projekt „Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt“ hat ein temporäres Gedenkformat entwickelt, um in Zusammenarbeit mit Schulklassen im öffentlichen Raum an Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Dies ist bei diesem Format ohne großen zeitlichen Vorlauf und mit geringem technischem Aufwand möglich.

Die Gedenkschilder werden häufig in direkter Nähe des jeweiligen Wohnorts der NS-Opfer an Straßenlaternen befestigt und sind bisher nur für die temporäre Nutzung konzipiert. Das Layout bietet im Gegensatz zu anderen Gedenkformaten (wie z.B. die Stolpersteine, die Münchner Erinnerungszeichen oder das Ingolstädter Format der blauen Stelen) Raum für private Fotos und kurze Texte zum Verfolgungsschicksal der Personen. Dadurch entsteht individuelle Nähe zu jenen Menschen, die während des Nationalsozialismus aus unserer Stadt vertrieben wurden oder hier umgekommen sind.

Der Nachteil der Gedenkschilder besteht momentan in der Befestigung an Straßenlaternenmasten, wo häufig Werbeschilder und Aufkleber ein würdiges Gedenken beeinträchtigen. Die temporäre Ausrichtung hat zudem den Beigeschmack eines „Provisoriums“. Häufig reisen Angehörige von weither an, um bei der Einweihung des Gedenkschildes teilnehmen zu können. Zum Glück wurde noch keines der bisher befestigten Schilder wieder abgehängt. Aber die Aussicht, dass dieses nach einer gewissen Zeit wieder entfernt oder witterungsbedingt beschädigt werden kann, ist unbefriedigend.

Wir beantragen daher, die temporären Gedenkschilder in dauerhafte Gedenkschilder umzuwandeln, beispielsweise durch eine stabile Konstruktion in einer Kombination aus Holz und Stahl, die im Wohnumfeld des jeweiligen NS-Opfers errichtet und auf welcher das Gedenkschild witterungsbeständig befestigt wird.

Diskussion und Beschlussfassung siehe V0643/24.

Beschließend

Stellungnahme der Verwaltung
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0643/24

Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Bildung befürwortet den dargelegten Vorschlag der Verwaltung und beschließt die Umwandlung der temporären in dauerhafte Gedenkschilder.

Der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CSU V0422/24 und der Antrag der Verwaltung V0643/24 werden gemeinsam behandelt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0643/24:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Beratend

5 . Schaffung von Planstellen; Museum für Konkrete Kunst und Design
(Referent: Herr Grandmontagne)
Vorlage: V0702/24

Antrag:

1. Für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design werden zur Eröffnung nachfolgende Stellen zum Stellenplan 2025 geschaffen:
 - eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ in EG 11 TVöD
 - eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ in EG 7 TVöD

Der Stadtrat wird darüber informiert, dass für den Betrieb des neuen Museums für Konkrete Kunst und Design noch weitere Stellen in Planung sind, die voraussichtlich 2026 notwendig werden, aber vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltssituation erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgestellt werden.

Herr Grandmontagne führt aus, dass der Neubau des Museums für Konkrete Kunst und Design demnächst fertiggestellt und anschließend auch in Betrieb genommen werden solle. Für dieses neue Museum und dessen entsprechenden Aufwüchsen an

Möglichkeiten und Ausstellungsfläche sei bereits vor einigen Jahren eine Organisationsuntersuchung von der IMAKA GmbH durchgeführt worden. Diese Untersuchung habe damals ergeben, dass für die Inbetriebnahme des Museums die Schaffung von gewissen Stellen erforderlich sei, damit die entsprechende Museumsfläche auch bespielt werden könne. Da die bauliche Fertigstellung des neuen Museums lange nicht absehbar gewesen sei, habe man die Beantragung dieser Stellen seit vielen Jahren immer wieder zurückgehalten und aufgeschoben. Aufgrund des baulichen Fortschrittes, werden diese Stellen mittlerweile allerdings für die Vorbereitung der Museumseröffnung immer wichtiger.

Nach internen Beratungen sei es für die Verwaltung angesichts der derzeitigen Haushaltslage jedoch nicht sinnvoll, sämtliche bei der damaligen Organisationsuntersuchung vorgeschlagenen Stellen auf einmal zu beantragen. Deshalb habe

Herr Grandmontagne noch einmal mit der Direktorin des Museums für Konkrete Kunst und Design, Frau Dr. Rohde abgestimmt, welche Stellen zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt geschaffen werden müssen, damit man überhaupt mit den Vorbereitungen für die Eröffnung des neuen Museums starten könne. Hierbei handle es sich um eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ) im Bereich der Restaurierung und um eine unbefristete Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ im Bereich der technischen Leitung des Museums.

Frau Dr. Rohde berichtet, dass man im Jahr 2019 einen Businessplan eingereicht habe, in den auch die von Herrn Grandmontagne angesprochene Organisationsuntersuchung der IMAKA GmbH eingeflossen sei. Zur beantragten Planstelle im Bereich der Restaurierung führt sie aus, dass es die Restauratorin als Person bereits am Museum für Konkrete Kunst und Design mit einer geringeren Stundenanzahl gebe. Vorliegend möchte man nun diese vorhandene Stelle auf 0,5 VZÄ aufstocken. Diese Aufstockung werde deshalb notwendig, da man im Vergleich zu den derzeitigen Museumsräumlichkeiten im neuen Museumsgebäude mit einer reinen Ausstellungsfläche von rund 2.000 Quadratmetern und einer Deckenhöhe von rund fünf Metern viel größere Dimensionen haben werde. Dies bedeute, dass man beispielsweise mehr Personal benötige, um Ausstellungen vorzubereiten. Die Stelle im Bereich der Restaurierung sei dafür da, um den Zustand der künstlerischen Werke zu sichten und zu entscheiden, ob diese für die Bespielung dieser neuen Fläche noch einmal restauriert werden müssen. Zudem bereite die Restauratorin auch den gesamten Leihverkehr für entsprechende Werke vor, betont Frau Dr. Rohde. Darüber

hinaus sei die Stelle der Restauratorin auch mit den Ausstellungsplanungen für das neue Museumsgebäude betraut, denn am Ende müsse die Kunst zusammen mit dem Bau funktionieren. Deshalb sei es erforderlich, dass die Stelle im Bereich der Restaurierung auch noch vor der Museumseröffnung besetzt werde. Aufgrund der extremen Erweiterung der Ausstellungsfläche sei es deshalb auch notwendig, eine Planstelle im Umfang von 0,5 VZÄ im Bereich der technischen Leitung zu schaffen. Die Schaffung und personelle Besetzung dieser Stelle müsse allerdings nicht sofort vorgenommen werden, sondern könne auch erst zur Übergabe des neuen Museums für Konkrete Kunst und Design voraussichtlich im Juli 2025 erfolgen. Denn nur wer das neue Haus gut kenne, könne dieses am Ende auch gut bespielen und bestücken, erklärt

Frau Dr. Rohde.

Im Rahmen der Erstellung des eingangs genannten Businessplans habe man viele Voruntersuchungen durchgeführt, wie der Personalbedarf bei anderen Häusern in vergleichbarer Größe ausfalle. Frau Dr. Rohde erwähnt, dass man sich schon damals mit der Beantragung von neuen Stellen immer zurückgehalten habe. Vorliegend gehe es nicht darum eine Luxussituation oder eine groß angelegte Kalkulation für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design anzustreben. Vielmehr gehe es wirklich nur um minimale Anforderungen, damit man das neue Museum überhaupt in den Betrieb bekomme, betont Frau Dr. Rohde.

Herr Grandmontagne teilt mit, dass er zunächst auf einen Textfehler in der vorliegenden Beschlussvorlage hinweisen möchte. Auf der Seite 3 habe sich im letzten Satz des zweiten Absatzes unterhalb der Überschrift „Restaurierung“ ein Fehler eingeschlichen. Hierbei sei der Begriff Vollzeitstelle falsch, da es sich trotzdem lediglich um eine halbe Stelle handeln würde. Darüber hinaus könne man der vorliegenden Beschlussvorlage unter der Überschrift „Zukünftige Stellenbedarfe“ auch die weiteren, noch nicht beantragten Stellen entnehmen. Diese noch notwendigen Stellen werde man in Absprache mit dem Personalreferat erst Ende des Jahres 2025 beziehungsweise Anfang des Jahres 2026 beantragen, so Herr Grandmontagne.

Stadtrat Dr. Schickel ist der Ansicht, dass Kunst und Ausstellungen tatsächlich die Attraktivität einer Stadt erhöhen können. Darüber hinaus ist er der Meinung, dass die Kunst der Stadt sehr gut zu Gesicht stehen würde. Gleichzeitig habe man derzeit allerdings eine Haushaltssituation, die es sehr erschwert, mit diesem genannten Aspekt der Kunst zu argumentieren. Vor allem, wenn man an andere Stelle um

Kleinigkeiten kämpfen und anderweitige Sachen einsparen müsse. Angesichts der Tatsache, dass die vorliegende Beschlussvorlage offensichtlich sehr kurzfristig den Stadtratsmitgliedern vorgelegt worden sei und manche sie gar nicht in ihrer Fraktion haben besprechen können, plädiert Stadtrat Dr. Schickel dafür, die Beschlussvorlage noch einmal für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben.

Stadtrat Reibenspieß möchte klarstellen, dass sich seine Anmerkungen vor Eintritt in die Tagesordnung nicht auf den Inhalt der vorliegenden Beschlussvorlage bezogen haben. Vielmehr habe er damit zum Ausdruck bringen wollen, dass es für die FW-Stadratsfraktion sehr ärgerlich sei, wenn eine Beschlussvorlage erst sehr kurzfristig den Stadtratsmitgliedern vorgelegt werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass die vorliegende Beschlussvorlage tatsächlich recht kurzfristig den Stadtratsmitgliedern vorgelegt worden sei. Trotzdem sei es noch einmal wichtig gewesen, auch die Perspektive von Frau Dr. Rohde an dieser Stelle zu diesem Thema zu hören, um ein vollständiges Bild der Sachlage zu erhalten.

Stadträtin Volkwein bittet darum, dass die Beschlussvorlage bei einer Zurückverweisung in die Fraktionen dort wohlwollend geprüft werden sollte. Denn wenn man einen anderen Entwurf für das neue Museum für Konkrete Kunst und Design gehabt hätte, dann würde das Museum unter Umständen schon in Betrieb seien und man würde die vorliegenden Stellen bereits haben. An dieser Stelle möchte Stadträtin Volkwein dem Kulturreferenten und Frau Dr. Rohde danken, dass sie sich bei der Beantragung von weiteren Stellen einstweilen zurückgenommen haben. Dies sei ihrer Ansicht nach sehr hilfreich und auch eine gute Geste gegenüber den Stadtratsmitgliedern.

Stadträtin Leininger führt aus, dass sie schon ein Votum des Ausschusses für Kultur und Bildung zu der vorliegenden Beschlussvorlage erwarten würde. Den Ausschussmitgliedern sollte wohl klar sein, dass das neue Museum für Konkrete Kunst und Design in Betrieb gehen müsse. Hierbei seien die ersten Monate nach der Eröffnung besonders entscheidend, damit das neue Museum auch eine Strahlkraft entwickeln könne. Wenn von der Verwaltung aus das Signal komme, dass man die vorliegenden Stellenbeantragungen auf die wirklich unverzichtbaren Stellen reduziert habe, sollte man als Ausschuss für Kultur und Bildung diesem Vorhaben doch ein positives Votum mitgeben. Zumal die Gegenrede gegen diese Beschlussvorlage

ohnehin in einem anderen Gremium des Stadtrates starten werde, erwähnt Stadträtin Leininger.

Stadtrat Over berichtet, dass sich bei der Ausschreibung zur Gestaltung des Vorplatzes des neuen Museums für Konkrete Kunst und Design internationale Größen beteiligt haben. Angesichts dessen müsse man nun den Wert darauf legen, dass das neue Museum auch die Erwartungen aller erfüllen könne. Aus diesem Grund werde die ÖDP-Stadtratsgruppe der vorliegenden Beschlussvorlage uneingeschränkt zustimmen, betont Stadtrat Over.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte in Erfahrung bringen, ob die Ausführungen von Stadträtin Leininger als Gegenantrag zum Vorschlag, die Beschlussvorlage noch einmal für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben, zu verstehen seien.

Stadträtin Leininger führt aus, dass sie sich ein Votum des Ausschusses für Kultur und Bildung wünschen würde, um dieses der vorliegenden Beschlussvorlage mitgeben zu könne. Den Wunsch, die Beschlussvorlage für weitere Beratungen zurück in die Fraktion zu geben respektiere sie natürlich. Allerdings müsse man für das von ihr gewünschte Votum nicht zwingend abstimmen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass man die vorliegende Beschlussvorlage deshalb diskutiert habe, um ein Stimmungsbild aus dem Ausschuss für Kultur und Bildung zu diesem Thema einfangen zu können. Wenn man nun über den vorliegenden Antragstext trotzdem abstimmen würde, würde dies natürlich die Bitte konterkarieren, die Beschlussvorlage für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben.

Stadträtin Hagn ist der Ansicht, dass der vorgetragene Personalbedarf des neuen Museums für Konkrete Kunst und Design für die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung sicherlich nachvollziehbar sei, da man dieses Projekt bereits die gesamte Wahlperiode begleitet habe. Selbstverständlich möchte jeder, dass das neue Museum hoffentlich bald in den Betrieb gehen könne, da man sich davon natürlich eine positive Stimmung und irgendwann gewisse Einnahmen erhoffe. Nichtsdestotrotz sei es für Stadträtin Hagn auch völlig in Ordnung, wenn man der Bitte nachkomme, die Beschlussvorlage für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben. Sie persönlich werde das Thema zusammen mit den heute

erhaltenen Erläuterungen noch einmal in die Ausschussgemeinschaft FDP/JU mitnehmen und dort wohlwollen vorstellen.

Stadträtin Leininger zeigt sich zum Ende der Diskussion hin damit einverstanden, die Beschlussvorlage ohne ein entsprechendes Votum für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen zu geben.

Die Beschlussvorlage wird für weitere Beratungen zurück in die Fraktionen verwiesen.

Bekanntgabe

6 . Gymnasien – Schulentwicklung und Gymnasialkonzept; (mündlicher Bericht Herr Grandmontagne)

Herr Grandmontagne führt aus, dass das Schulverwaltungsamt über die letzten Jahre hinweg ein gutes Tracking für die Schulentwicklungszahlen aufgebaut habe. Nun würden neue Zahlen für den Gymnasialbereich vorliegen, die die Stadtverwaltung aktuell immer wieder in verschiedenen Runden auch zusammen mit der Stadtspitze beschäftigen. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage müsse man bei diesem Thema auch drauf achten, welche Maßnahmen schlussendlich sinnvoll seien. Darüber hinaus haben sich bei dieser Thematik auch weitere Fragen ergeben. Zum Beispiel, welche Auswirkungen zum einen die Zensuskorrekturen und zum anderen eine mögliche Beteiligung an einem Zweckverband Gymnasium Pfaffenhofen auf die Schulentwicklungszahlen haben. Zudem sei insgesamt die Frage aufgekommen, wie die Zusammenarbeit der Stadt Ingolstadt mit den umliegenden Landkreisen in dieser Thematik aussehen könnte. Grundsätzlich sehe die Situation so aus, dass man auch bei den angedachten und in der Diskussion befindlichen Schulsanierungsprojekten beziehungsweise Schulneubauprojekten im Gymnasialbereich sowie bei günstigeren Prognosen und theoretischer Abweisung von Schülerinnen und Schülern aus den umliegenden Landkreisen trotzdem nicht aus der Bauverpflichtung herauskomme. Angesichts der aktuellen Bevölkerungsentwicklungszahlen rechtfertigen die bereits

angesprochenen Zensuskorrekturen auch keine Abkehr vom Bau neuer Schulen, so Herr Grandmontagne.

Frau Wittmann-Ott geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf die Schulentwicklungszahlen und die entsprechenden Auslegungsvarianten im Bereich der Gymnasien ein. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erwähnt, dass angesichts der stetig steigenden Schülerzahlen eine riesige Herausforderung auf die Stadt Ingolstadt im Schulbereich zukommen werde. Selbst wenn man alle vorhandenen Schulen ausbauen und vollständig nutzen würde, werde man über kurz oder lang mit Sicherheit trotzdem über die Notwendigkeit eines weiteren Gymnasiums in Ingolstadt diskutieren müssen. Angesichts der derzeitigen Haushaltslage werde dies allerdings eine sehr interessante Diskussion werden, betont Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Angesichts der stetig steigenden Schülerzahlen müsse man bei dieser Thematik allerdings auch perspektivisch denken.

Stadträtin Mader bittet darum, die in der heutigen Ausschusssitzung gezeigte Präsentation zu den Schulentwicklungszahlen im Gymnasialbereich den Stadtratsmitgliedern nachträglich zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin Leininger führt aus, dass nach der Folie 6 der gezeigten Präsentation zufolge bei den umliegenden Landkreisen derzeit noch Kapazität für 821 Schülerinnen und Schüler bestehen würden. Hierzu möchte sie in Erfahrung bringen, ob es sich hierbei um den aktuellen Wert handle.

Frau Wittmann-Ott berichtet, dass die Landkreise Eichstätt und Pfaffenhofen gemeinsam derzeit noch Kapazitäten für insgesamt 503 Schülerinnen und Schüler im Gymnasialbereich besitzen. Wenn man diese Kapazitätzahl in die Schulentwicklungszahlen für die Stadt Ingolstadt einfließen lasse, würden trotzdem immer noch 821 Plätze im Gymnasialbereich fehlen. Insofern sei der Bau eines weiteren Gymnasiums mit 3,5 Zügen im Landkreis Pfaffenhofen erforderlich, erklärt Frau Wittmann-Ott.

Stadträtin Leininger erwähnt, dass man sich in der Innenstadt Gymnasien mit einer Schülerzahl von bis zu 1.400 Schülerinnen und Schülern aufgrund der begrenzten

Platzverhältnisse überhaupt nicht vorstellen könne. Darüber hinaus habe auch das Apian-Gymnasium im Südwesten der Stadt längst seine Kapazitätsgrenze erreicht und müsse schon Schülerinnen und Schüler abweisen. Aufgrund der vorgestellten Sachlage könne man deshalb nur zur Schlussfolgerung kommen, dass man bereits jetzt schon ein weiteres Gymnasium benötige. Für jede Schulart gebe es eine bestimmte Schulgröße, ab der man sich fragen müsse, ob ein normaler und pädagogischer Schulbetrieb überhaupt noch möglich sei. Dabei sei eine Schülerzahl von bis zu 1.400 Schülerinnen und Schüler an einer Schule für Stadträtin Leiningert fast erschreckend. Deshalb sollte man dieses Thema in eine Richtung diskutieren, bei der man keine Schulen mit solch hohen Schülerzahlen haben möchte. Gerade beim Katharinen-Gymnasium könne man beispielsweise sehen, dass bereits die Interimslösung dem Schulbetrieb das Äußerste abverlange.

Stadtrat Achhammer teilt mit, dass er aus dem vorherigen Vortrag zwei verschiedene Aspekte herausgehört habe. Zum einen müsse man das Katharinen-Gymnasium bis zum Schuljahr 2032/33 auf 1.576 Schülerinnen und Schüler erweitern, wenn die Schulentwicklung wie vorgetragen weitergehe. Zum anderen gebe der Standort des Katharinen-Gymnasiums eine solche Erweiterung allerdings nicht her. Zumal man jetzt schon neue Unterrichtskonzepte habe, deren Umsetzung im Altbau des Gymnasiums schlichtweg nicht möglich seien. Außerdem gibt Stadtrat Achhammer zu bedenken, dass bei einer Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums der Pausenhof der Schule wohl immer noch kleiner werden würde. Angesichts dessen ist er der Meinung, dass Überlegungen angestellt werden müssen, wie es mit dem Katharinen-Gymnasium künftig weitergehen solle. Daher möchte Stadtrat Achhammer wissen, wie man denke, mit dem Katharinen-Gymnasium weiter zu verfahren.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erklärt, dass eine mögliche Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums noch einmal verwaltungsintern diskutiert und anschließend mit einer eigenen Beschlussvorlage versehen werden müsse. Mit dem heutigen Bericht habe man den Ausschussmitgliedern die Ist-Situation aufzeigen und auf die Probleme hinweisen wollen, die perspektivisch auf die Stadt Ingolstadt zu kommen werden. Von daher müsse sich die Verwaltung gerade mit der Schulentwicklung im Gymnasialbereich noch einmal sehr intensiv beschäftigen, betont Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll.

Herr Grandmontagne berichtet, dass die bereits bestehenden Planungen zur Sanierung des Katharinen-Gymnasiums derzeit noch einmal intensiv von den Baufachleuten innerhalb der Verwaltung diskutiert und geprüft werden. Aktuell plane man, die Beschlussvorlage zur Sanierung des Katharinen-Gymnasiums baldmöglichst in die entsprechenden Gremien des Stadtrates einzubringen.

Herr Hoffmann bestätigt, dass das Baureferat derzeit intensiv an den Planungen zur Sanierung des Katharinen-Gymnasiums arbeite. Allerdings stoße man dabei immer wieder an Grenzen, da man bei diesem Projekt auf viele Randbedingungen achten müsse. Zum Beispiel würden im Pausenhof der Schule zwei sehr alte und deshalb schützenswerte Bäume stehen, auf die man während der Sanierung achtgeben müsse. Aber auch die Themen Denkmalschutz und Urheberrecht beschäftigten die Verwaltung bei der Planung der Sanierung des Gymnasiums. Nicht zuletzt müsse man auch die Kosten im Auge behalten, da eine Schulbaumaßnahme nicht den kompletten Haushalt sprengen dürfe.

Von daher müsse das Baureferat noch weiterplanen, bevor man den Stadtratsmitgliedern zu dieser Sanierung Rede und Antwort stehen könne.

Stadtrat Köhler ist der Meinung, dass man aufgrund der gehörten dramatischen Zahlen bei diesem Thema wirklich in die Umsetzung kommen müsse. Darüber hinaus ist er der Ansicht, dass es keine Lösung gegeben werde, die alleine die Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums umfasse. Vielmehr sollte eine generelle Planung aufgenommen werden, die nicht nur das Katharinen-Gymnasium betreffe, sondern den gesamten Gymnasialbereich in Ingolstadt einschließe. Hinsichtlich der Standortfrage für ein neues Gymnasium sei dann natürlich auch die Stadtplanung gefragt, erklärt

Stadtrat Köhler.

Stadträtin Krumwiede ist der Ansicht, dass die Bildung den städtischen Haushalt sprengen dürfte. Des Weiteren erläutert sie, dass man grundsätzlich keine Schülerinnen und Schüler dem Gnadenthal-Gymnasium zuweisen könne, da es sich hierbei um eine private Schule des Bistums Eichstätt handle. Aus diesem Grund möchte

Stadträtin Krumwiede in Erfahrung bringen, ob eine Verstaatlichung des Gnadenthal-Gymnasiums die Situation verbessern würde. Sie gehe jedenfalls davon aus, dass

man trotz einer solchen Verstaatlichung nicht darum herum käme, ein neues Gymnasium in Ingolstadt zu bauen.

Bisher gebe es keine Anzeichen, dass die Diözese Eichstätt in eine solche Richtung denke, erklärt Herr Grandmontagne. Durch Gespräche mit der Bistumsverwaltung wisse man allerdings, dass die Diözese Eichstätt im Moment im Schulbereich ähnliche Überlegungen wie die Stadt Ingolstadt durchführe. Hierzu möchte das Bistum bis zum Jahresende einen internen kirchenrechtlichen Beschluss herbeiführen, welche Schulstandorte man sanieren und wie auch die programmatische Ausrichtung des Gnadenthal-Gymnasiums weitergehen solle. Insofern hoffe man bis zum Jahresende von der Diözese Eichstätt zu hören, wie die konkreten Sanierungspläne aussehen. Mit diesen Plänen hätte man dann auch einen Ansatzpunkt darüber, wie die Räumlichkeiten im Ignatiushaus oder im Kettelerhaus gegebenenfalls durch die Stadt Ingolstadt genutzt werden könnten. Zudem hätte man mit einem konkreten Sanierungsplan des Bistums auch eine valide Planungsgrundlage, was den Träger des Gnadenthal-Gymnasiums betreffe. Dies sei nach der Unsicherheit der letzten Jahre auch schon hilfreich, betont Herr Grandmontagne.

Das Problem würde darin bestehen, dass man vier Gymnasien in der Innenstadt habe und lediglich das Apian-Gymnasium im Südwesten der Stadt etwas außerhalb liege, erklärt Stadtrat Reibenspieß. Trotzdem besitzen alle städtischen Gymnasien das gleiche Problem, dass keine weiteren Flächen zur Verfügung stehen würden, um die Schulgebäude auszuweiten. Deshalb ist Stadtrat Reibenspieß der Ansicht, dass man wirklich ernsthaft darüber nachdenken müsse, ein weiteres Ingolstädter Gymnasium ins Auge zu fassen.

Stadtrat Dr. Schuhmann erwähnt, dass man trotz der angespannten Haushaltslage und aller weiteren Bemühungen nicht darum herumkommen werde, an ein neues Gymnasium in Ingolstadt zu denken. Bereits in den vergangenen Wahlperioden habe man die städtischen Gymnasien immer wieder erweitern müssen. Dabei seien in den damaligen Diskussionen auch schon die wegfallenden Freiräume für die Schülerinnen und Schüler beklagt worden. Insofern würde eine Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums dann natürlich auch wieder einen gewissen Freiraum wegnehmen. Deshalb könne man aus pädagogischen Gründen mit den Erweiterungsbauten einfach nicht mehr weitermachen, betont Stadtrat Dr. Schuhmann. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt Ingolstadt als Sachaufwandsträger

dazu verpflichtet sei, ausreichend Plätze für die Schülerinnen und Schüler bereitzustellen. Im vorherigen Vortrag habe man nun allerdings gehört, dass man an den Ingolstädter Gymnasien schon jetzt hinsichtlich der Schüleranzahl pro Klasse über der eigentlichen Kapazitätsgrenze liege. Darüber hinaus wage Stadtrat Dr. Schuhmann zu behaupten, dass die Übertrittsquote im Gymnasialbereich aufgrund von unter anderem soziologischen Gegebenheiten in Zukunft nicht sinken, sondern zunehmen werde. Daher sei im Gymnasialbereich ein dringender Handlungsbedarf geboten, betont Stadtrat Dr. Schuhmann.

Frau Bürkl geht anhand einer PowerPoint-Präsentation darauf ein, wie die Verwaltung zukünftig die Schulentwicklung im Ausschuss für Kultur und Bildung vorstellen möchte. Die Präsentation liegt als Anlage der Niederschrift bei. Insofern wird auf die Wiedergabe der Ausführungen verzichtet.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll bekräftigt, dass die Verwaltung wisse, was sie zu tun habe und man sich bemühen werde, diese Themen nun anzupacken. Zudem werde man den Stadtrat zu den einzelnen Projekten natürlich auf dem Laufenden halten.

Stadtrat Achhammer möchte wissen, ob man die gerade aufgezeigten Schulentwicklungszahlen im Mittelschulbereich durch den Schulneubau in Friedrichshofen abdecken könne.

Frau Wittmann-Ott erläutert, dass es grundsätzlich drei neue Mittelschulen in Ingolstadt geben solle, mit denen man die Schulentwicklung im Mittelschulbereich abdecken könnte. Dabei werde mit der Marieluise-Fleißer-Mittelschule im Südosten der Stadt zum Schuljahr 2025/26 die erste dieser drei neuen Mittelschulen mit 30 Klassen in den Betrieb gehen. Darüber hinaus seien auch die neue Mittelschule Mitte-West in Friedrichshofen und die neue Mittelschule im Nordosten der Stadt zur Deckung der aufgezeigten Schulentwicklungen im Mittelschulbereich erforderlich.

Herr Fleckinger erwähnt, dass das Liegenschaftsamt beauftragt worden sei, sich im Südosten der Stadt nach einem geeigneten Grundstück für eine weitere Grundschule umzusehen. Angesichts dessen möchte er in Erfahrung bringen, ob es noch weitere Bedarfe aus den verschiedenen Betrachtungen und insbesondere aus dem Grundschulbereich heraus gebe.

Frau Wittmann-Ott berichtet, dass man an den Grundschulstandorten bereits einige Maßnahmen am Laufen habe, um im Grundschulbereich zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Beispielsweise befinde sich derzeit die Maßnahme an der Grundschule Irgertsheim in der Umsetzung und eine weitere werde momentan für die Grundschule Unsernherrn vorbereitet. Nach dem aktuellen Stand benötige man im Südosten der Stadt neben der Wilhelm-Ernst-Grundschule und der Grundschule Ringsee eine dritte zusätzliche Grundschule. Grundsätzlich müsse man jedes Jahr erneut anhand der Fortschreibung der Schulentwicklung bewerten, ob sich an anderen Stellen neue Bedarfe auf tun. Insofern könne Frau Wittmann-Ott nicht abschließend sagen, dass man die Schulentwicklung im Grundschulbereich mit den entsprechenden Maßnahmen auf Dauer abgedeckt habe. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe die Tendenz mit einem geplanten dritten Grundschulstandort im Südosten und mit den geplanten sowie bereits angesteuerten Maßnahmen an den bestehenden Grundschulen gut aus, die Schulentwicklung im Grundschulbereich abdecken zu können.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll möchte in Erfahrung bringen, ob in den Schulentwicklungszahlen solche Bedarfe wie das große Neubaugebiet am Piuspark bereits eingerechnet sein.

Frau Wittmann-Ott erklärt, dass man diese Bedarfe in die Schulentwicklungszahlen mit den Bauüberhängen, die man zu den Schulanfängern nach dem Melderegister hinzurechne, bereits einkalkuliere.

Der mündliche Bericht zur Schulentwicklung im Gymnasialbereich und zum Gymnasialkonzept wird den Ausschussmitgliedern bekannt gegeben.

-Hiermit ist der öffentliche Teil der Sitzung beendet.-